TEIL 1: DAS LEISTUNGSÄNDERUNGSRECHT DES AUFTRAGGEBERS

Anforderungen an die neue ÖNorm B 2110


Recht des Auftragebers


Interessant ist der Aspekt, dass der AG Leistungsänderungen gemäß ÖNorm B 2002 im Sinne von Abänderungen des Bauentwurfs einfach anordnen darf, während er bei Leistungen, die im Vertrag nicht vorgesehen sind, also zusätzlichen Leistungen, die Zustimmung des AN benötigt, unabhängig davon, ob sie notwendig sind oder nicht.


Zusätzliche Leistungen


Zusätzliche Leistungen, erstmals auch so benannt, müssen nach Einführung dieser Bestimmung also nicht nur erforderlich sein, sondern auch mit der bestellten Leistung im Zusammenhang stehen und dem AN zumutbar sein.


In dieser ÖNorm A 2060 werden im Kapitel 2.10.5 „Änderungen von Leistungen und zusätzliche Leistungen, Zusatzangebote“ behandelt. Dem AG wird das Recht zugesprochen „Art, Umfang oder Mengen vereinbarer Leistungen zu ändern und/oder zusätzliche Leistungen zu verlangen, die im Vertrag nicht vorgesehen sind, aber zur Ausführung der Leistung notwendig sind, sofern solche Änderungen und/oder zusätzliche Leistungen dem Auftragnehmer zumutbar sind.“


Eine gemeinsame Bestimmung für geänderte und zusätzliche Leistungen, ähnlich der A 2060, wird Bestandteil der B 2110 idF 1995: „Der AG ist berechtigt, Art und Umfang der vereinbarten Leistungen oder die Umstände der Leistungserbringung zu ändern und/oder zusätzliche Leistung zu verlangen, die im Vertrag nicht vorgesehen sind, aber zur Ausführung der Leistung notwendig sind, sofern solche Änderungen und/oder zusätzliche Leistungen dem AN zumutbar sind.“ Somit wird jegliche Ungültig-
che Satzkonstruktion der A 2060, die die Frage aufwirft, ob nur die zusätzlichen Leis-
tungen oder auch Leistungsänderungen notwendig sein müssen, in ähnlicher For-
mulierung Bestandteil der B 2110. Neu in der Bestimmung ist die Aufnahme der Änder-
ungen der Umstände der Leistungser-
bringung, die neben der Änderung der Art und des Umfanges der Leistungen alle
sonstigen Anordnungen des AG einschließt,
deinen Einfluss auf den vertraglich ver-
einbarten Preis haben. Diese „Umstände der Leistungserbringung“ waren in den Fas-
sungen der ÖNorm B 2110 von 1947 und der
B 2002 von 1930 schon als andere An-
ordnungen des Auftraggebers, die Grundla-
gen der Preisberechnung für eine im Ver-
trag vorgesehene Leistung wesentlich ver-
ändern, im Punkt „Vergütung“ vorgesehen, später aber wieder entfallen.

Änderungen der Umstände
Die weiteren Ausgaben der ÖNorm B 2110 idf 2000 und 2002 bringen in Bezug auf die „Berechtigung des AG zur Anordnung von Leistungsänderungen bzw. zusätzlichen Leis-
tungen“ keine inhaltlichen Neuerungen.

Karasak führt als Einziger in seinem
Kommentar zur aktuellen Ausgabe der
ÖNorm B 2110 idf 2002 an, dass die Aus-
führung geänderter Leistungen nicht davon abhängt, ob sie zur Ausführung notwendig sind, da sich seiner Meinung nach der Satzteil „aber zur Ausführung der Leistung not-
wendig sind“ nur auf zusätzliche Leistun-
gen bezieht. In der Tat ist die Formulierung der Bestimmung, die aus nur einem Satz besteht, nicht eindeutig und daher könnten sich ohne genaue Analyse verschiedene Auslegungsmöglichkeiten anbieten. Jedoch geht aus der Satzkonstruktion „zusätzliche Leistungen zu verlangen, die im Vertrag nicht vorgesehen, aber zur Ausführung der Leistung notwendig sind“ klar hervor, dass durch den mit dem Relativpronomen „die“ eingeleiteten Einschubsatz eindeutig ein Bezug zu den zusätzlichen Leistungen – denn nur diese sind im Vertrag nicht ent-
halten – gesetzt wird, der durch einen wei-
teren Einschub, diesmal mit der Konjunkti-
on „aber“ eingeleitet, ergänzt wird.

Wie bereits zur Fassung der ÖNorm B 2110 von 1967 angemerkt, war die ur-
sprüngliche Intention des ON, dass Leis-
tungsänderungen vom AG dem AN lediglich zumutbar sein müssen, während zusätz-
liche Leistungen des Weiteren erforderlich
und mit der bestellten Leistung im Zusam-
menhang stehen müssen (Fassung 1967 und
sein müssen. Aus den ursprünglich ge-
trennten Punkten für Leistungsänderungen
und zusätzliche Leistungen der Fassungen 1967 und 1973 entstand durch Verbin-
dung mit „und/oder“ und leichte Umform-
lierung jene kontroversielle Version der A 2060 idf 1983, die 1995 in die B 2110
übernommen wurde. Diese historische Ab-
leistung, die zeigt, dass nur zusätzliche Leis-
tungen notwendig sein müssen, bestätigt
noch die stilistische Interpretation Karaseks.

Zusätzlich ist anzumerken, dass, wenn
der Normenausschuss von 1983 eine Änder-
ung der Berechtigung des AG zur Anord-
nung von (nicht notwendigen) Leistungsän-
derungen, die bereits eine der wesent-
lichen Kernbestimmungen der ersten
ÖNorm B 2002 idf 1930 war und bis 1983
immerhin 53 Jahre lang unanstritten exis-
tierte, vornehmen hätte wollen, er dies ein-
deutig durch die Formulierung „sofern sol-
che Änderungen oder zusätzliche Leistun-
gen notwendig und dem AN zumutbar sind“
ausdrücken hätte können. In Anbetracht der Reichweite einer Änderung der Berech-
tigung des AG zur Leistungsänderung wäre
diese bezügliche Klarstellung in der nächstge
Ausgabe wünschenswert. 

Teil 2 erscheint in der bauzeitung 23.

Dipl.-Ing. Livia Prestos
Fachbereich Bauwirtschaft und
Baumanagement
Institut für interdisziplinäres
Bauprozessmanagement
TU Wien

1) Das Deutsche Institut für Normung (DIN) wurde bereits 1917 als Normenausschuss der deutschen Industrie (NAD) gegründet. 2) Vgl. Österreichisches Normungsinstitut, Geschichte des ON, www.on-norm.at (5.09.2007). 3) Vgl. ebenda. 4) Die Verordnungsvorordnung für Bauleistungen (VOB), Ausgabe 1926 bestand aus drei Teilen: A. Allgemeine Bestimmungen für die Vergütung von Bauleistungen (DIN 1960), B. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Aus-
führung von Bauleistungen (DIN 1961) und C. Tech-
nische Vorschriften für Bauleistungen (DIN 1962 – 85). Mittlerweile steht das Körzel VOB für Vergabe- und Ver-
tragserordnung für Bauleistungen, die inhaltliche Dete-
lung ist aber erhalten geblieben. 5) Österreichisches Normungsinstitut (Hrsg.), ÖNorm A 2060 (1983), 6) vgl. Karasek, Kommentar ÖNorm B 2110 (2003), 253 Rz 430. 7) In der aktuellen Fassung wurden alle „und/oder“ durch ein einfaches „oder“ ersetzt, dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich die Satzglieder „die im Vertrag nicht vorgesehen, aber zur Ausführung der Leis-
tung notwendig sind“ nur auf zusätzliche Leistungen beziehen können (vgl. auch Karasek, Kommentar ÖNorm B 2110 (2003), 253 Rz 430). 8) Österreichisches Normungsinstitut (Hrsg.), ÖNorm A 2060 (1983), 7) vgl. ebenda. 8) vgl. Karasek, Kommentar ÖNorm B 2110 (2003), 253 Rz 430. 9) In der aktuellen Fassung wurden alle „und/oder“ durch ein einfaches „oder“ ersetzt, dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich die Satzglieder „die im Vertrag nicht vorgesehen, aber zur Ausführung der Leis-
tung notwendig sind“ nur auf zusätzliche Leistungen beziehen können (vgl. auch Karasek, Kommentar ÖNorm B 2110 (2003), 253 Rz 430).